Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 83 — **Donnerstag, den 16. Juli 1931** — **33. Jahrg.**

Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, den 17. Juli, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung.

1. Genehmigung der letzten Niederschrift.
2. Kenntnisnahmen.
3. Ankauf eines Zuchtbullens.
4. Obstverpachtung.
5. Anlegung eines Bürgersteiges in der Leipziger Straße.
6. Schulumbau.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Tribünenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlaßkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden.

Kemberg, den 14. Juli 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
H. Ludley.

95]

Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 13. Juli.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Der Hoover-Plan hat der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches eine starke Entlastung verschafft. Eine große Geldsumme, auf deren Weiterbelassung das Reich Anspruch hatte, konnte den Banken zurückgegeben werden. Für die private Wirtschaft aber haben die Wochen, in denen um diesen Plan gerungen wurde, ungeheuren Schaden angerichtet. In die Milliarden gehende Summen, die vom Ausland kurzfristig nach Deutschland geliehen waren, sind angesichts der Unsicherheit der Lage zurückgezogen worden. Auch heute ist volle Beruhigung noch nicht eingetreten. Wenn auch das Ziel sein muß, daß die deutsche Wirtschaft wieder dahin kommt, mit eigenen Mitteln zu arbeiten, so ist es doch jetzt notwendig, wenn nicht die schwersten Stockungen eintreten sollen, daß weitere Abzüge unterbleiben. Die Bestrebungen der Reichsbank und der Goldiskontbank sind darauf gerichtet, möglichst langfristige Kredite des Auslandes zu erlangen, um der privaten Wirtschaft zu helfen, ihre Notstände zu überwinden. Trotz aller Bemühungen ist im Verlauf dieser Vorgänge eines der größten Bankinstitute, die Darmstädter- und Nationalbank, illiquid geworden. Die Reichsregierung erachtet es für ihre Pflicht, und der Reichspräsident hat hierzu die notwendigen Vollmachten erteilt, den großen Gefahren, die aus dieser Illiquidität drohen, zu begegnen. Es handelt sich nicht darum, das Vermögen der Bank zu retten, sondern es handelt sich darum, den Hunderttausenden von Kunden der Bank, ihren Besitz zu erhalten, und damit ihre Unternehmungen vor der Betriebseinstellung oder gar vor dem Untergang zu retten. Nur aus diesen Gesichtspunkten wird das Reich für etwaige Ausfälle, die eintreten können, aufkommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Geschäfte der Bank von Treuhändern der Reichsregierung überwacht werden. Irgendwelche Unregelmäßigkeiten, die mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, sind nicht festgestellt.

Es kommt darauf an, daß das deutsche Volk, in dieser schweren Lage die Nerven behält und nicht durch mangelndes Selbstvertrauen die Schwierigkeiten vermehrt.

Reichs-Garantie für die Danatbank.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 14. Juni.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

„§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, in Ansehung der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, die durch die Geldkrise in ihrer Liquidität bedroht ist, Garantien zu übernehmen.

§ 2. Die Reichsregierung kann im Falle der Uebernahme einer Garantie anordnen, daß Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen der Bank nicht stattfinden und daß der Konkurs über das Vermögen der Bank nicht eröffnet wird. Die gleiche Anordnung kann die Reichsregierung für das Vermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters der Bank treffen, wenn sie es im Interesse der Gläubiger der Bank für notwendig erachtet. Eine solche Anordnung bewirkt, daß der persönlich haftende Gesellschafter den gleichen Beschränkungen unterliegt, die in dieser Verordnung und ihren Durchführungsvorschriften für die Bank getroffen werden.

§ 3. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften über die Geschäftsführung und Vertretung der Bank, über die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Bank, über die Dienstverhältnisse und vermögensrechtlichen Ansprüche der persönlich haftenden Gesellschafter, Angestellten und Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Bank sowie die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen; sie kann für Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und Geldstrafen oder eine dieser Strafen androhen.

§ 4. Maßnahmen, die gemäß dieser Verordnung oder der Durchführungsverordnungen getroffen werden, begründen keinen Anspruch auf Entschädigung.

§ 5. Diese Verordnung tritt am 13. Juli 1931 in Kraft."

Notverordnung über Bankfeiertage.

Berlin, 14. Juli.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Sie bestimmt, für welche öffentlichen und privaten Kreditanstalten und Einrichtungen die Bankfeiertage gelten und welche Rechtswirkungen mit ihnen verbunden sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 13. Juli 1931 in Kraft.

Neudeck, 13. Juli 1931.

gez. von Hindenburg, Reichspräsident; gez. Dr. Brüning, Reichskanzler; der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister der Finanzen gez. H. Dietrich; der Reichsminister des Innern gez. Dr. Wirth; der Reichspostminister gez. Dr. Schätzel; der Reichswirtschaftsminister, mit Wahrung der Geschäfte beauftragt gez. Dr. Trendelenburg Staatssekretär.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat die Reichsregierung angeordnet, daß alle Banken, Sparkassen und anderen Kreditinstitute mit Ausnahme der Reichsbank am Dienstag und Mittwoch dieser Woche geschlossen bleiben. Die Reichsregierung und die berufenen Vertreter der Banken und Sparkassen werden im Verlaufe dieser zwei Tage die nötigen Maßnahmen und Vorbereitungen treffen, damit am Donnerstag die zur Weiterführung der Wirtschaft und zur Bewirkung der Gehalts- und Lohnzahlungen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Die Wertpapierbörsen bleiben voraussichtlich bis Ende der Woche geschlossen.

Erklärung der Hypothekenbanken.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Hypothekenbanken werden von den durch die Schalterschließung der Darmstädter und Nationalbank offenbar gewordenen Schwierigkeiten nicht berührt. Das deutsche Hypothekenbankgewerbe ist gesund. Es hat sich der Natur seiner Geschäfte entsprechend nicht kurzfristig verschuldet. Seine langfristigen Emissionen sind voll gedeckt durch langfristige Darlehen auf den deutschen Haus- und Grundbesitz.

Zum Schluß fordert die Erklärung im Interesse der Stärkung des deutschen Grundbesitzes als Fundament der Wirtschaft die Aufhebung der Hauszinssteuer im Wege der Notverordnung.

Ruhe läßt Katastrophe vermeiden.

Die Vorgänge bei der Danat-Bank haben augenscheinlich in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen, und in verstärktem Maße wurden bei den Depositenkassen Geldabhebungen vorgenommen.

Von den Großbankkreisen wird darauf hingewiesen, daß die Banken durchaus in der Lage sind, die normalen Geldmittelbedürfnisse zu befriedigen. Wenn darüber hinaus aber unvernünftigerweise in größerem Maßstabe Angstabhebungen erfolgten, so sei seine Bank in der Lage, diesen Anforderungen gerecht zu werden, dieses um so weniger zu einer Zeit, da durch verschärfte Restriktionsmaßnahmen der Reichsbank die Banken ohnehin in ihrer Liquidität stark beengt würden.

Jeder Depositär und jeder Sparkassengläubiger müsse sich vernünftigerweise sagen, daß er für seine Depositen keine Zinsen verlangen könne, wenn die Bankinstitute diese Depositen in ihren Kassen zur jederzeitigen Abziehung bereithalten sollten.

Die Unvernunft des großen Publikums wird also dazu führen, daß die Banken die Auszahlung von Geldern, die nicht notwendig sind, einstellen.

Ueber eine Solidarhaftung der Banken, von der gerüchtweise verlautete, ist innerhalb der Bankenkreise nicht verhandelt worden. Es wird darauf hingewiesen, daß eine derartige Solidarhaftung unmöglich sei, weil kein vorsichtiger Bankier es übernehmen dürfe, Garantie für Gelder zu übernehmen, deren Höhe ihm nicht bekannt sei.

Botschafter Hoesch bei Laval.

Nachdem der deutsche Botschafter v. Hoesch am Sonntagvormittag dem Generalsekretär des Außenamtes Berthelot einen Besuch abgestattet hatte, hatte er im Laufe des Tages verschiedentlich versucht, andere führende Mitglieder der französischen Regierung zu erreichen. Erst am späten Abend gelang es dem Botschafter, den französischen Ministerpräsidenten Laval zu erreichen, dem er unverzüglich einen Besuch abstattete.

Es steht fest, daß der Botschafter den Ministerpräsidenten auf die äußerst kritische Finanzlage im Reich aufmerksam gemacht und ihn darum gebeten hatte, die Beteiligung Frankreichs an einer Hilfsaktion einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen.

Ministerpräsident Laval verlangt von Berlin, „kluge, energische und schnelle Rettungsmaßnahmen; Deutschland müsse „eine riesige Anstrengung machen", um eine etwaige Hilfe von außen zu rechtfertigen." Eine positive Zusage französischer Hilfe konnte der Botschafter im Augenblick nicht erlangen.

Amerika zur Kredithilfe bereit.

Der Unterstaatssekretär des amerikanischen Schatzamtes, Castle, gab eine neue Erklärung ab, in der er unter Bezugnahme auf die Zusammenkunft der Notenbankpräsidenten in Basel seiner Auffassung dahin Ausdruck gab,

daß die amerikanischen Banken bereit seien, jeden effektiven Hilfsplan zu unterstützen.

Die amerikanischen Blätter legen diese Erklärung so aus, daß die Federal Reserve Banken eine gemeinsame Hilfsaktion der europäischen Zentralbanken gegenüber Deutschland zu unterstützen beabsichtigen.

Für etwaige Kreditbewilligung seien jedoch gewisse Bedingungen unumgängliche Voraussetzung. So solle die Reichsbank sofort eine Kreditbeschränkung durchführen, damit der Marktflucht ein Riegel vorgeschoben werde. Von Frankreich werde gefordert, in Deutschland keine Kreditkündigungen vorzunehmen; führende Neuyorker Banken sollen sich, was amerikanische Anleihen angeht, bereits in diesem Sinne verständigt haben.

Geldumlauf und Kassenkrise.

Die erfreulicherweise von allen Seiten befolgte Mahnung zur Wahrung von Besonnenheit und Ruhe hat sich bereits in günstigem Sinne ausgewirkt. Eine größere Sicherheit ist festzustellen, und das ist gut so. Denn nur derjenige, der die Nerven behält, vermag kühlen Kopfes auch eine verworrene und schwierige Lage zu meistern. Gewiß befinden wir uns in einer recht prekären Situation, sicherlich geht es unserer Wirtschaft außerordentlich schlecht, aber drei Dinge sind es, die Sicherheit gewährleisten: Zunächst einmal ist die Währung fest, dann ist die ungeheure Arbeitsfreude des Volkes ungeschwächt, und vor allem ist die Staatsmacht fest begründet. Diese Voraussetzungen sind es auch, die schließlich dem Auslande das Vertrauen zu Deutschland gaben und wodurch der amerikanische Präsident das Weltfeierjahr durchsetzen konnte. An uns ist es, trotz der augenblicklich kritischen Tage alles daranzusetzen, mit allen Kräften die Erholung des Landes zu beginnen und in ungeschwächter Kraft mit Mut, Sicherheit und Selbstvertrauen durchzuführen.

Was ist in Deutschland gegenwärtig los? Wir haben eine Wirtschaft, die, wenn man von der amerikanischen absieht, über die beste Ausrüstung der Welt verfügt, und wir müssen heute erkennen, daß wir zu viel für die Ausrüstung des Betriebes und zu wenig für den Betrieb selbst übrig gehabt haben. In Deutschland fehlt es mithin nicht an Anlagekapital, wohl aber an Betriebskapital, und dieser Mangel ist seit vielen Monaten die Ursache unserer Schwierigkeiten.

Die Krise, die sich so für jeden im voraus erkennbar entwickelte, ist nun verschärft worden durch eine Kassenkrise, oder — was dasselbe ist — uns fehlen einfach in diesem Augenblick Umlaufsmittel, um gewisse notwendige Zahlungen vorzunehmen. Solche Zahlungen betreffen zunächst einmal den Devisenmarkt, d. h. aus Gründen, die mit der Politik zusammenhängen, ziehen ausländische Gläubiger Gelder ab, die sie kurzfristig in Deutschland angelegt hatten, und es fehlen einfach die technischen Mittel, um diese Bedürfnisse voll zu befriedigen. Oder besser gesagt: die im Interesse unseres Valutakurses notwendige Bereitschaft der Reichsbank, diese Devisenansprüche zu befriedigen, hat zu

Eine Tatsache zum Nachdenken!

In diesen Tagen der Krise ist für jeden, der ein Sparkassenbuch oder ein Bankkonto besitzt, nötig zu wissen: Die gesamten deutschen Spareinlagen betragen ungefähr 12 Milliarden RM, die Einlagen bei den deutschen Banken ungefähr 5 Milliarden RM, zusammen also 17 Milliarden RM. All diese Gelder sollen Zinsen bringen, sie haben deshalb auch zinsbringend angelegt werden müssen, und zwar in Hypotheken und anderen sicheren Anlagen. Wenn jetzt jeder deutsche Einleger sein Guthaben sofort abheben würde, so wäre eine Summe von 17 Milliarden RM an barem Geld erforderlich. Der gesamte deutsche Notenumlauf beträgt aber nur rund 5 Milliarden RM. Diese eine unbestreitbare und ganz klare Tatsache zwingt zum Nachdenken und sollte vor unüberlegten und gefährlichen Entschlüssen bewahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310716-19/fragment/page=0001

einer Verkleinerung der Basis geführt. auf Grund deren die Reichsbank Noten in Umlauf setzen darf. Das Bankgesetz. das die Reichsbank zwingt, eine mindestens 40prozentige Notendeckung aufrechtzuerhalten, ist in internationalen Verträgen verankert und ist ein absolut sicherer Schutz gegen eine Inflation. Es geht leider in dieser Beziehung viel zu weit und hindert uns nicht nur, eine Inflation zu machen. sondern es hindert uns auch daran, mit einer gewissen Elastizität plötzlich auftauchenden Kassenbedürfnissen nachzugeben. Diese akuten Kassenbedürfnisse kommen von zwei Seiten, einmal von der schon erwähnten Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln in Deutschland infolge der Abberufung kurzfristiger Kredite, die abgesehen von ihrer Wirkung auf die Notenreserve eben auch eine Inanspruchnahme von Umlaufsmitteln ist, und zweitens von gewissen Ansprüchen, über deren Größe das Publikum entscheidet. Diese Ansprüche sind spontan mit der Bekanntgabe der Zahlungsschwierigkeiten der Darmstädter und Nationalbank entstanden. Die Bank hat ihre Schalter geschlossen, und obwohl das Reich sofort erklärt hat, daß es für alle Verbindlichkeiten der Bank gutsagt, ist das deutsche Publikum ängstlich geworden und verlangt von den Banken, den Sparkassen usw. die Zurückzahlung seiner Einlagen.

Diese Rückzahlung aller Bankeinlagen ist nun etwas, was es überhaupt nicht gibt, denn wir haben in Deutschland einen Umlauf von Zahlungsmitteln, der ungefähr 4 Milliarden beträgt, und wir haben allein Sparkasseneinlagen in einer Höhe von 12 Milliarden, diese Gelder, die verzinst werden, sind zinsbringend angelegt in Hypotheken und ähnlichen absolut sicheren Anlagen. Gewiß könnten die Banken jetzt plötzlich alle diese Anlagen kündigen, aber das würde zu einem Zusammenbruch des ganzen Produktionsapparates führen. Die Wünsche des Publikums würden dabei doch nicht befriedigt werden können, denn man kann nicht mit 4 Milliarden Umlaufsmitteln beispielsweise 12 Milliarden Sparkasseneinlagen auszahlen, zu denen nun noch die Einlagen bei den Depositenbanken kommen. Unser Publikum wird darüber enttäuscht sein, daß die Reichsregierung zwei Bankfeiertage vorgeschrieben hat, um die Auszahlungen zunächst einmal unmöglich zu machen. Dieser Schritt war aber notwendig, weil das Publikum schon eine ganze Menge abgezogen hat und weil die Banken am Ende der Woche umfangreichere Geldmittel bereitstellen müssen, um denjenigen Kunden die üblichen Zahlungen zu überweisen, die in ihren Betrieben Löhne zahlen müssen. Die Entscheidung, die getroffen werden mußte, war einfach die, entweder man befriedigt die durch die Aengstlichkeit verständliche, aber volkswirtschaftlich nicht berechtigte plötzliche Nachfrage der Bank- und Sparkassenkunden und hat am Ende der Woche nicht die Mittel, um Löhne zu zahlen oder umgekehrt, man lehnt die Wünsche des Publikums ab und zahlt dafür Löhne. Wer die Dinge nur einen Augenblick ruhig überlegt, muß zu dem Schluß kommen, daß die Lohnzahlungen aufrechterhalten werden müssen.

Die volkswirtschaftliche Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen haben, ist, daß man in Zukunft in Deutschland sehr viel sparsamer werden muß, als wir es bis jetzt waren und daß wir vor allem uns bei jeder Investierung, die zu produktiven Zwecken vorgenommen wird, genau überlegen, ob diese Investierung eine rasche Rückzahlung der investierten Gelder verspricht. Die Ausweitung des Anlagekapitals ist vor allen Dingen deshalb bedenklich geworden, weil es sich zum großen Teil um äußerst langfristige Anlagen handelt, die sich nur langsam zurückzahlen. Dieses Uebermaß langfristiger Anlagen bekommt uns schlecht in einer Zeit, in der mit Rücksicht auf die vorausgegangene Inflation die Währung und die Möglichkeiten der Zentralnotenbank, den Geldumlauf auszuweiten, in so eiserne Fesseln gelegt worden sind, wie sie tatsächlich bei uns bestehen.

Rediskont verlängert.

Eine amtliche Mitteilung der BIZ.

Basel, 14. Juli

Entgegen der sonstigen Gewohnheit der BIZ, wo die Ausfertigung des Communiqués nach Schluß der Sitzung noch eine gewisse Wartezeit beansprucht, war direkt folgendes Communique zur Verteilung bereit:

Der Verwaltungsrat hat von der Darstellung Kenntnis genommen, die der Präsident der Reichsbank, Dr. Luther, von der Situation in Deutschland und von dem an sich befriedigenden Zustand der deutschen ökonomischen Kräfte und des Reichsbudgets gegeben hat, so daß die ausgebrochene Krise auf die Abzüge der kurzfristigen Kapitalien aus Deutschland zurückzuführen ist."

In Anbetracht des Umstandes, daß sich die deutsche Regierung an die verschiedenen Regierungen wegen finanzieller Unterstützung in ihren entsprechenden Märkten gewandt hat, erklärt sich der Verwaltungsrat — überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Unterstützung — unter den gegenwärtigen Umständen bereit, an dieser Hilfe mitzuwirken und sie mit allen, den Zentralbanken zur Verfügung stehenden Mitteln zu stärken. In der Zwischenzeit hat der Verwaltungsrat den Präsidenten ermächtigt, in Uebereinstimmung mit den anderen beteiligten Instituten die Beteiligung an dem der Reichsbank kürzlich gewährten Rediskontkredit zu erneuern."

Eine Erklärung Dr. Luthers.

Reichsbankpräsident Dr. Luther gab in tiefer Bewegung am Schluß der Sitzung der BIZ der ihn umringenden Presse zu verstehen, welchen schweren Kampf Deutschland gegenwärtig führt, der nicht durch eigenes Verschulden hervorgerufen sei, sondern durch fremde Eingriffe von außen, indem seit Mai Deutschland in unerhörtem Maße die ausländischen Gelder abgezogen wurden, wodurch dasselbe natürlich immer weniger in der Lage sei, aus dem Auslande Rohstoffe zu beziehen und Waren einzukaufen.

Ohne eine gesunde und ruhige Entwicklung in Mitteleuropa sei auch eine ebenso gesunde Weiterentwicklung der übrigen Welt nicht zu denken.

Kurz vor seiner Abreise hatte Dr. Luther nochmals eine Unterredung mit dem Präsidenten der BIZ, Mac Garrah, die die in der Verwaltungsratssitzung dargelegten Probleme behandelte.

Reichsbankpräsident Dr. Luther traf aus Basel kommend in einem Sonderflugzeug auf dem Tempelhofer Flughafen ein.

Vermehrung der Umlaufsmittel?

Zurzeit steht im Vordergrund der Verhandlungen die Sorge um die Ueberbrückung der Umlaufsmittelnot. Es stehen verschiedene Projekte, wie dieser Not zu begegnen ist, zur Erörterung. Die größte Aussicht auf Durchführung hat zurzeit der Plan, eine gewisse Menge Rentenmarkscheine wieder in den Verkehr zu bringen. Diese müßten natürlich eine besondere Deckung haben, und man erwägt, entweder durch eine Verordnung die Rentenbank zu autorisieren, Rentenmarkscheine gegen Verpfändung von lombardfähigen Effekten im Rahmen des Lombards, der an der Reichsbank zulässig ist, in Umlauf zu bringen, oder auch zu diesem Zweck eine besondere Bank (Lombard-Bank) ins Leben zu rufen.

Der Gefahr einer inflationistischen Wirkung dieser Umlaufsmittelverstärkung will man dadurch begegnen, daß die Höhe des zulässigen Umlaufs von vornherein gesetzlich beschränkt bleibt. Man spricht von 600 bis 900 Millionen. Durch Verkoppelung der Rentenmark mit der Reichsmark, die man glaubt, ohne Aenderung des Bankgesetzes auf dem Verordnungswege schaffen zu können, soll ein Disagio der Rentenmarkscheine vermieden werden.

Andere Projekte gehen dahin, die Umlaufsmittel durch Kassenscheine zu erhöhen oder auch Rentenmarkscheine auszugeben, die von vornherein durch Abstempelung eine begrenzte Umlaufszeit haben. Diese letzteren Pläne haben aber, wie bereits angedeutet, gegenüber den ersteren geringere Aussichten auf Durchführung.

Aeltestenrat des Reichstags einberufen.

Präsident Löbe hat den Aeltestenrat des Reichstags auf Freitag, den 17. Juli, 11 Uhr vormittags einberufen. Es soll dann über die Anträge der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten auf Reichstagseinberufung entschieden werden.

Was das Ausland sagt.

Die deutschen Banken in Danzig geschlossen.

In einer Sitzung der Bankiers in den Räumen der Bank von Danzig ist der Beschluß gefaßt worden, für einige Tage sämtliche deutschen Banken in Danzig zu schließen, ähnlich wie im Reich. Auf Grund eines Beschlusses der Vereinigungen Danziger Banken und Bankiers werden vorläufig die Auszahlungen je nach der Höhe der Guthaben auf 10 bzw. 20 % eingeschränkt.

Polen zeigt Hohn und Schadenfreude.

Daß für die augenblickliche Lage Deutschlands in der polnischen Presse nicht nur keinerlei Verständnis besteht, sondern sie vielmehr in böswilliger Schadenfreude zu abfälligen Urteilen verleitet, beweisen die verschiedenen Ueberschriften, mit denen die Meldungen über die Vorgänge jenseits der polnischen Westgrenze versehen sind, und von denen die sechsspaltige Ueberschrift des regierungstreuen „Expreß Poranny" besonders bezeichnend ist. Sie lautet:

„Tragikomödie der Finanzkatastrophe Deutschlands".

Dann heißt es in dem Blatt, Deutschland erlebe eine selbstverschuldete Tragödie, weil es durch einen agressiven und bedrohlichen Nationalismus verpestet sei.

Die Auswirkungen in Oesterreich.

Da die Nachricht von dem Zusammenbruch der Danatbank schon früher veröffentlicht wurde, zeigte sich bereits im Laufe des Vormittags die Wirkung in einem starken Rennen auf die Merkur A. G. in Wien, von deren Aktienkapital sich ungefähr 92 % im Besitz der Danatbank befinden. Die Abhebungen der Einleger werden auf 8 Millionen Schilling von einem Stande von früher 20 Millionen Schilling geschätzt. Die Bank konnte die Ansprüche befriedigen.

Die Blätter weisen einmütig ohne Unterschied der Parteien auf die ungeheure Bedeutung des Ereignisses hin.

Die „Neue Freie Presse" fragt: Wird das Ausland begreifen, daß bei einer Fortdauer dieser Unsicherheit das ganze Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft einfach zerschmettert werden muß?

Auch in Ungarn Bankfeiertage.

Die in der finanziellen Lage Deutschlands eingetretene Verschlechterung hat die ungarische Regierung veranlaßt, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um eine eventuelle Auswirkung der in Deutschland bestehenden Schwierigkeiten auf das ungarische Wirtschaftsleben zu verhindern, bezw. zu paralysieren. Aus diesem Grunde hat die Regierung beschlossen, eine Verordnung zu erlassen, wonach jene Finanzinstitute und Firmen, die sich berufsmäßig mit der Abwicklung von Kreditgeschäften befassen, ihre Kassen am 14., 15. und 16. Juli geschlossen halten müssen.

Französische Stimmen zu Basel.

Die Pariser Morgenpresse ist in ihrer Haltung gegenüber der trostlosen Finanzlage in Deutschland in nichts von den bisher innegehabten Richtlinien abgewichen. Der außenpolitische Berichterstatter des

„Journal"

betont, daß man in Frankreich vielleicht noch eher bereit gewesen wäre, Deutschland zu helfen, wenn der deutsche Botschafter bei seinen letzten Besuchen wenigstens Bericht über gewisse Handlungen hätte erstatten können, die die Reichsregierung zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts unternommen hätte. Sauerwein berichtet der

„Matin"

aus Basel, man sei dort fast einstimmig der Auffassung, daß man Deutschland unbedingt helfen müsse, daß man aber gleichzeitig versuchen müsse, der bisherigen Politik des Reiches eine neue Orientierung zu geben.

Die Stimmung an der Londoner Börse.

Die Stimmung an der Londoner Börse war unter dem Eindruck der Hiobsnachrichten aus Deutschland gedrückt. Späterhin erholte sich die Mark, als bekannt wurde, daß Neuyork die Lage zuversichtlicher beurteile.

Es wurde bemerkt, daß Dr. Luther die vorbeugenden Maßnahmen 14 Tage früher hätte treffen sollen.

Zur Lage in Deutschland schreibt der „Evening Standard", die Schließung der Börsen in Deutschland sei berechtigt und richtig gewesen.

Die Aufmerksamkeit der Londoner Börse wendet sich auch außerdem der Franken-Bewegung und dem neuen Angriff der Bank von Frankreich auf die englischen Geldvorräte zu. Die Bank von England verkaufte für 500 213 Pfund Goldbarren.

Erholung der Markkurse in Neuyork.

Eine Nachricht, daß die Baseler Konferenz die Erneuerung des 100-Millionen-Dollar-Kredits beschlossen habe, führte zu einer leichten Erholung der Markkurse, die gegen 14 Uhr amerikanischer Zeit 22 notierten.

Wie das Staatsdepartement zugibt, erklärt der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, in seinem nach Washington übermittelten Drahtbericht, daß Deutschland allerschnellstens finanzieller Hilfe bedürfe.

Zur Höhe

Roman von Elsbeth Borchart

17. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„So, nun wissen Sie alles, Kind," schloß er, „und wenn Sie sich noch länger mit Selbstvorwürfen quälen, wäre es eine Sünde."

Ilsa atmete, von schwerem Druck befreit, auf. Ihr Schmerz nahm einen milderen Charakter an, und sie konnte jetzt ihrer Mutter eine wahrhafte Stütze und ein Trost werden.

Und das tat in mehr als einer Hinsicht not.

Der Tod des Familienoberhauptes brachte nicht nur die schmerzhafte Lücke selbst, sondern auch eine gänzliche Umwälzung der äußeren Verhältnisse hervor.

Das sorgenfreie, beinahe glänzende Leben, das ihnen das hohe Gehalt des Geheimrats gestattet hatte, konnte nicht weiter fortgesetzt werden. Das Vermögen, welches Frau Renatus in die Ehe mitgebracht, war zum Teil in der ersten, weniger glanzvollen Zeit ihrer Ehe und zum Studium für den Sohn verbraucht worden, und die Zinsen von Ilsas Anteil reichten zusammen mit der verhältnismäßig geringen Pension nur zu einem bescheidenen Leben, zumal Axel als unbesoldeter Referendar noch der Zulage bedurfte.

Man mußte also die teure Wohnung verlassen und eine billigere mieten und sich auch sonst allerhand ungewohnte Einschränkungen auferlegen. Ilsas Energie und Entsagungskraft legte hierbei manche schöne Probe ab. Doch begnügte sie sich damit nicht. Ein Drang nach Tätigkeit, die ihr Lebensinhalt werden könnte, hatte stets in ihr gelebt, aber sie hatte ihn, den früheren Verhältnissen angemessen, nicht groß werden lassen. Jetzt erwachte er mit erneuter Kraft.

Ein ziemlich bedeutendes musikalisches Talent hatte sie so gewissenhaft ausgebildet, als wenn sie die spätere Verwendung geahnt hätte. Ihr Klavierspiel, sowie ihre schöne, geschulte Stimme hätte sie bei weiterer Ausbildung wohl für den Konzertsaal reif gemacht, doch davon sah sie günstlich ab. Eine öffentliche Zurschaustellung ihrer Person widerstand ihrer tiefinnersten Natur. Anderen von ihrem Können mitteilen, lehrend wirken, schien ihr das am meisten Passende für sie. Und sie wählte es, unbekümmert darum, daß man in ihren Bekannten- und Verwandtenkreisen die Nase darüber rümpfte. Man hatte sich überhaupt größtenteils von ihnen zurückgezogen;; Glück, Ansehen, Reichtum schaffen unzählige Freunde, Unglück und Armut halten selten welche. Um so höher muß man die schätzen, die treu geblieben sind.

Unter diesen Getreuen war auch Thea, mit der Ilsa einen lebhaften Verkehr unterhielt, und deren Verwendung und Empfehlung sie es größtenteils zu danken hatte, daß ihr Wirkungskreis stetig wuchs.

Leider mußte sie bald die Freundin verlieren. Könningen war richtig in einer kleineren Stadt Amtsrichter geworden und wollte seine Thea haben. Deshalb wurde die Hochzeit beschleunigt und Thea reiste glückstrahlend mit ihrem Mann ab. Seitdem verband sie ein reger Briefwechsel, der Ilsa wenigstens etwas für den Verlust entschädigte.

Sonst führten sie ein sehr zurückgezogenes Leben. Ilsa ging fleißig ihrem Beruf nach, und freute sich, wenn sie von dem selbstverdienten Gelde der Mutter eine Freude machen oder Axel einen Herzenswunsch erfüllen konnte.

Nur — wenn sie offen und ehrlich sein wollte — recht befriedigt fühlte sie sich trotzdem nicht. Ihr Geist drängte nach etwas Höherem, als tagaus, tagein oft wenig talentierten Kindern das ABC des Klavierspiels einzupauken oder ungelenken, spröden Stimmen die notwendige Schulung beizubringen. Denn die wirklichen Talente, die es wahrhaft ernst mit ihrer Kunst nehmen, wählen zu ihrer Lehrmeisterin selten eine junge Anfängerin, sondern eine Sängerin von Ruf und Beruf.

In dieser Zeit, als sie zum erstenmale zum Bewußtsein ihres Unbefriedigtseins kam, etwa dreiviertel Jahr nach ihres Vaters Tode, nahte sich ihr eine Versuchung, die sie mit einem Schlage daraus hätte befreien können.

Sie war gerade auf dem Nachhausewege von einer Unterrichtsstunde, als ihr der alte Sanitätsrat Hartwig begegnete. Schon von weitem schwenkte er den Hut.

„Liebe Ilsa, könnten Sie mir ein Viertelstündchen Ihrer kostbaren Zeit opfern?" fragte er.

„Gewiß, Onkel Hartwig, kommen Sie mit mir nach Hause."

„Nein, nicht nach Hause — ich will Sie allein sprechen."

„Allein?"

„Ja, wir sind hier am Tiergarten, lassen Sie uns hineingehen."

„Onkel Hartwig, Sie erschrecken mich, es ist doch nichts passiert — meiner Mutter ist doch nichts —"

„Nein, nein, seien Sie ohne Sorge — es handelt sich um andere Dinge, die ich schon längst mit Ihnen besprechen wollte. — Sie müssen es dem alten Hausfreunde nachhalten, wenn er an Geschichten rührt — die —"

„Onkel Hartwig!"

„Still, Kind — es muß einmal gesagt werden. Kurz vor seinem Tode erzählte mir Ihr Vater alles — ich habe Sie bewundert damals — und auch verstanden von dem Standpunkt Ihrer reinen Tugendhöhe aus — doch, wir Männer — wir urteilen und richten nicht so streng — wir kennen die Welt — aus Erfahrungen, aus der Praxis. Sehen Sie — darum lassen wir mildernde Umstände gelten. Es kann mancher einen Jugendirrtum begehen und doch ein guter, edler Hauswater werden — ich habe es mehr als einmal erfahren. — Das wollte ich Ihnen zu denken geben, Ilsa."

„Wozu, Onkel Hartwig?" erwiderte Ilsa mit leichter Erregung, aber ruhiger Stimme. „Das hat keinen Zweck mehr."

„Sie wollen damit sagen, daß Sie vollständig verzichten wollen?"

„Ja."

„So hätte mein Klient nicht die geringsten Chancen mehr?"

„Ihr Klient? Sprechen Sie etwa in seinem Namen?"

„Gleichermaßen, ja. Ich traf ihn zufällig — er weiß, daß ich Ihr Freund bin — er legte mir seine Gefühle klar — kurz und gut — er wünscht nichts sehnlicher, als sich Ihnen wieder nähern zu dürfen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310716-19/fragment/page=0002

Washington verlangt energische Maßnahmen.

Die Ereignisse des Montag scheinen der Regierung in Washington die Ueberzeugung gebracht zu haben, daß die deutsche Finanzlage bei aller noch vorhandenen Unsicherheit keineswegs mehr so hoffnungslos schlecht ist wie Ende der letzten Woche. Es ist ganz offensichtlich, daß verantwortliche amerikanische Politiker die Lösung der Krise in erster Linie von entsprechenden Maßnahmen der Reichsregierung erwarten, und nichts ist kennzeichnender für diese abwartende Haltung der amtlichen Kreise als die unverhohlene Befriedigung über die von Hindenburg verfügten Bankfeiertage.

Aufruf der Sozialdemokraten.

Berlin, 15. Juli.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß veröffentlicht einen Aufruf „An das deutsche Volk", in dem es u. a. heißt:

„In der Stunde höchster Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluß im Interesse der Allgemeinheit direkt gesichert bleibt. Eine gründliche Vereinigung der Wirtschaft muß herbeigeführt werden. Arbeiter und Angestellte sind durch unbedingte Sicherung ihrer Ansprüche auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung vor der verderblichen Krise, deren unschuldige Opfer sie sind, zu schützen. Mit Nachdruck erneuern wir die Forderung nach Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni und nach Beseitigung des verübten sozialen Unrechts. Ausländische Hilfe in ausreichendem Maße tut not. Dazu bedarf es einer Außenpolitik der Verständigung.

Karlshorst abgesagt.

Der zweite Tag der Internationalen Rennwoche verschoben.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage hat der Verein für Hindernisrennen die Karlshorster Donnerstag-Rennen abgesagt. Es handelt sich dabei um den zweiten Tag der Internationalen Rennwoche, an dem u. a. das Berliner Internationale Jagdrennen (30 000 Mark) gelaufen werden sollte, für das drei französische Teilnehmer bereits in Karlshorst eingetroffen sind. Man hofft, den Renntag am Dienstag der kommenden Woche nachholen zu können.

Börsenruhe bis Wochenschluß.

Anordnung für Preußen.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat an alle preußischen Wertpapierbörsen ein Telegramm gerichtet, wonach die Wiederaufnahme des Börsenverkehrs in dieser Woche zu unterlassen ist.

Bankfeiertage staatlich anerkannt.

Neue Durchführungsverordnung der Reichsregierung.

Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 hat die Reichsregierung folgende neue Verordnung erlassen:

Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 festgesetzten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.

Sind in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Gebühren, Auslagen oder Vorschüssen oder für den Nachweis einer solchen Zahlung Fristen vorgesehen, in deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen, und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 14. Juli 1931 in Kraft.

Amerika stimmt zu.

Neuyork, 15. Juli. **Die Federal Reserve Bank von Neuyork gibt bekannt, daß sie sich zusammen mit den anderen Federal Reserve Banken bereit erklärt hat, ihre Beteiligung an dem der Reichsbank gewährten Kredit von 100 Millionen Dollar zu erneuern, unter dem Vorbehalt, daß die anderen Banken, die sich an diesem Kredit beteiligt hatten, ebenfalls einer Erneuerung zustimmen.**

Friedrich von Payer gestorben

Stuttgart, 15. Juli. **Im Alter von 84 Jahren ist Wirklicher Geheimer Rat Friedrich von Payer, der letzte kaiserliche Vizekanzler, nach kurzer Krankheit verschieden.**

Friedrich Payer wurde am 12. Juni 1847 in Tübingen als Sohn eines Universitätspedellen geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte Fr. Payer erst Theologie, dann aber Jurisprudenz und ließ sich 1871 als Rechtsanwalt in Stuttgart nieder. 1877 trat er als demokratischer Abgeordneter in den Reichstag ein und gehörte ihm mit kurzen Unterbrechungen bis 1918 an. Seit 1894 zählte er auch zu den demokratischen Führern im württembergischen Landtag. Während des Krieges wurde Payer am 12. November 1917 Vizekanzler und Stellvertreter des Reichskanzlers an Stelle des zurückgetretenen Dr. Helfferich. Der letzte Aufruf der Reichsregierung an das Volk vom 4. 11. 1918 wurde auch von Payer unterzeichnet. In der Nationalversammlung übernahm v. Payer den Vorsitz der deutschen demokratischen Fraktion. Dort schloß er seine politische Laufbahn.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 15. Juli 1931

* **Gerichtsferien.** Die Gerichtsferien dauern vom 15. Juli bis 15 September. Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden in dieser Zeit am 24. Juli, 14. August und 4. September aufgenommen.

* Die hiesige **Schützengilde** beteiligte sich am Sonntag in Gräfenhainichen am Schützenfest. Ganz vortrefflich schnitt die hiesige Gilde beim Prämienschießen ab. Folgende Preise wurden erzielt:

1.	Otto Schulze	mit 55	Ringen
2.	Ewald Ballmann	„ 53	„
3.	Max Lehmann	„ 53	„
5.	Otto Wildau	„ 52	„
7.	Otto Roming	„ 52	„
8.	Karl Knödler	„ 51	„
10.	Paul Elstermann	„ 51	„
12.	Otto Roming	„ 50	„

Von 16 Preisen konnte die Kemberger Gilde 8 Preise erringen, Gräfenhainichen 5, Oranienbaum 3. Schuß Heil.

Wittenberg, 13. Juli. Am Sonnabendnachmittag ist bei Kemberg das Ehepaar Heinrich, Berlin-Spandau, Falkenhagener Chaussee 7, mit dem Motorrad verunglückt. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß ein Nagel in das Vorderrad gedrungen war, und dabei der Mantel herausgerissen wurde. Der Fahrer verlor die Gewalt über das Rad und fuhr gegen einen Baum. Die Ehefrau Gertrud Heinrich zog sich bei dem Sturz einen schweren Schädelbruch zu und wurde sofort dem hiesigen Krankenhaus zugeführt und ist inzwischen verstorben. Der Ehemann kam mit leichteren Verletzungen davon.

Jessen (Elster). Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich bei einer Beerdigung in Zörnigall. Bei der Trauerfeier am Grabe gab plötzlich das lockere Erdreich nach, und der Pfarrer stürzte in die Grube, in die der Sarg bereits hinabgelassen worden war. Dem Lehrer, der ihm zu Hilfe eilen wollte, wiederfuhr dasselbe Mißgeschick. Während es dem Lehrer gelang, sich selbst heraufzuretten, mußte der Pfarrer heraufgeholt werden. — In der hiesigen Gegend macht sich eine neue Plage bemerkbar. Bei Schützberg sind weite Wiesenflächen von großen Heuschreckenschwärmen befallen, die große Weideflächen schon dort vernichtet haben, daß an eine Grummeternte nicht zu denken ist. Wie groß der entstandene Schaden sein wird, steht noch nicht fest, da man augenblicklich noch kein geeignetes Bekämpfungsmittel gefunden hat.

„Sie müssen inserieren"

sagt der englische Innenminister Clynes.

Der englische Innenminister Clynes hat vor kurzem auf einem Bankett der „Advertising Association" in London eine Rede gehalten und das Folgende ausgeführt:

„Während der neuerlichen, wirtschaftlichen Depression fühlten sich große Firmen naturgemäß veranlaßt, ihre Ausgaben einzuschränken. Sie begannen zunächst da, wo es ihnen am leichtesten schien, und man hat mir erzählt, daß sie ihre Aufwendungen für Inserate einschränkten. Ich bin durchaus nicht sicher, daß das der richtige Weg ist, zu sparen. Eine solche Ersparnis kann sich sehr wohl zum Schlusse als ein Verlust herausstellen. Wirkungsvolles Inserieren ist ein wesentlicher Faktor des Handels des britischen Reiches geworden, und ich denke, daß es erfahrene und tüchtige Geschäftsleute nicht vernachlässigen werden. Ich sage: **Sie müssen inserieren, Sie müssen reisen, Sie dürfen Ihren Wert und Ihre industriellen Aussichten nicht unter einer Decke verbergen."**

Jessen. Ein Prozeß, der über zehn Jahre dauerte und die Gerichte nicht weniger als fünfmal, darunter allein das Reichsgericht zweimal, beschäftigte, ist jetzt beendet worden. Es handelt sich um die Jessener Mühle an der schwarzen Elster. Sie war seinerzeit vom Kreise Schweinitz enteignet worden, nachdem der Besitzer bereits die Wasserkraft verkauft hatte. Nach der Inflation klagte der ehemalige Mühlenbesitzer auf eine Entschädigung von 150000 RM. Das Landgericht Torgau sprach ihm aber nur 62000 RM. zu, worauf er Berufung einlegte mit dem Erfolge, daß das Oberlandesgericht Naumburg nur eine Entschädigung von 54000 RM. für angemessen hielt, die es, nach dem das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Entscheidung zurückverwiesen hatte, gar auf 50000 RM. ermäßigte. Nun aber hat das Reichsgericht endgültig entschieden, daß das Urteil des Landsgerichts Torgau zu Recht besteht. Der ehemalige Mühlenbesitzer erhält also vom Kreise Schweinitz 62000 RM. zuzüglich 5% Zinsen. In die Kosten muß er sich allerdings mit dem verurteilten Kreise teilen. Und die werden nicht gering sein.

Dessau. (Anglerglück.) Besonderes Glück hatte am Sonnabend ein hiesiger Angler vom Angelklub 1885. Er hatte an einer Kugelangel einen Wels von etwa 115 Pfund gefangen. Der Fisch bereitete dem Fänger ziemliche Schwierigkeiten. Da der Angler keinen Keger zur Hand hatte, zerbrach der Fisch die Rute, so daß er ihn mit den Händen ans Ufer ziehen mußte. Zahlreiche Leute hatten sich eingefunden und bestaunten das stattliche Tier.

Greudnitz, 13. Juli. In der Familie des Arbeiters Fischer war man gestern bei Backen. Während die Mutter das Brennmaterial zusammensuchte, lief das 1½ Jahre alte Töchterchen auf dem Hofe umher. Hierbei geriet es an eine dort stehende Waschwanne mit Wasser und patschte nach Kinderart darin herum. Dabei bekam es das Uebergewicht, rutschte mit dem Oberkörper ins Wasser und konnte sie nicht wieder herausarbeiten. Als die Mutter dazu kam, war das Kind leider schon erstickt und auch der Arzt konnte es nicht wieder ins Leben zurückrufen.

Stendal. (Ein Auto in der Elbe gefunden.) Als der Fährmeister Fischer aus Räbel mit dem Fährknecht zum Fährdamm ruderte, um Buschwerk zu holen, stießen sie mit dem Ruder ungefähr zehn Meter vom Ufer entfernt auf einen harten Gegenstand. Sie untersuchten die Stelle genau und stellten fest, daß es sich um ein Auto handelte. Der Fährmeister benachrichtigte sofort den Strombaumeister in Arneburg und die Polizei. Am Nachmittag wurde das Auto aus der Elbe geborgen. Wie die Polizei an der Nummer feststellte, ist der Wagen, ein gut erhaltener Viersitzer, am 17. Juni in Berlin einem Zahntechniker gestohlen worden. Angenommen wird, daß die Diebe sich vielleicht des gestohlenen Wagens entledigen wollten und ihn zur Nachtzeit in die Elbe versenkten.

Glückliches Wittenberg.

Wittenberg. Die 30000 Einzohner zählende Stadt Wittenberg konnte einen Etat verabschieden, der keine Steuererhöhung gegenüber dem Vorjahr vorsieht, obgleich für die Wohlfahrt allein 700000 Mark eingesetzt werden mußten. Die Stadtverordneten nahmen den Etat unter diesen Umständen an.

Ein rabiater Sohn.

Elsterwerda. Zu dem blutigen Vorkommnis in Frauwalde, wo der Landwirt Dörfel seine Mutter in Verfolg von Auseinandersetzungen über den Auszug mit einer Kartoffelhacke verprügelte, erfahren wir noch, daß die alte Frau mit einem schweren Schädelbruch, einer Gehirnerschütterung und einem Bruch des Unterarmes in hoffnungslosem Zustand im Krankenhause in Lauchhammer liegt. Der Landwirt hat sich nach der Tat freiwillig der Polizei gestellt. Er

Reichswehroffizier greift zur Waffe.

Magdeburg. In den frühen Morgenstunden des Sonntag ereignete sich in der Jakobstraße ein Zwischenfall, in dessen Verlauf der Arbeiter Gustav Kalinowski erschossen wurde.

Als kurz nach vier Uhr der Leutnant der Reichswehr Douglas vom Magdeburger Infanterieregiment 12 und der Versorgungsanwärter, ehemaliger Feldwebel Henning, aus einem Lokal kommend auf dem Heimwege waren, wurden sie auf dem Fleischmarkt von einer Frauensperson angesprochen, die sofort grundlos um Hilfe rief. Hierauf kamen zwei Männer herbei, von denen der eine sagte: „Sie haben meine Frau beleidigt." Bei den sich entwickelnden Streitigkeiten wurde einer der Männer tätlich. Auf die weiteren Hilferufe der Frau wurden alle fünf Personen fixiert. Als sie wieder auf der Straße waren, trat die Frau an Henning und Douglas heran, bespuckte sie und wurde tätlich. Henning wehrte die Frau ab, und als sie zu Boden fiel, stürzte Kalinowski auf die beiden los. Douglas warnte mitden Worten: „Zurück oder ich schieße!" Als trotzdem Kalinowski und andere Personen weiter auf ihn eindrangen, schoß Douglas und **Kalinowski fiel mit einem Halsschuß** tot zu Boden. Douglas, der in Zivil war, wurde nach Aufnahme des Tatbestandes freigelassen, da er in Notwehr gehandelt hat.

Gegen die Pensionskürzung durch die Reichsknappschaft.

Lauchhammer. Eine für alle bei der Reichsknappschaft versicherten Arbeitnehmer und darüber hinaus für alle Industriegemeinden sehr wichtige Kundgebung fand in Lauchhammer statt. Die Reichsknappschaft hat der ihr in der Notverordnung vom 5. Juni auferlegten Verpflichtung, den im Etatsjahr 1931 zu erwartenden Fehlbetrag in ihrem Haushaltsplan durch Leistungskürzungen auszugleichen, u. a. dadurch entsprochen, daß sie ab 1. Juli alle Pensionen um 10 Prozent kürzte. Darüber hinaus hat die Reichsknappschaft die Rentenbezüge der Empfänger, deren Beitragszeiten auf Werken erdient sind, die aus der knappschaftlichen Versicherung ausgeschieden sind, um weitere 50 Prozent gekürzt, sofern die ausgeschiedenen Werke keine Entschädigung an die Reichsknappschaft gezahlt haben.

Das Lauchhammer-Werk ist mit seinen Schwesterwerken in Riesa und Gröditz bei der Gründung der Reichsknappschaft aus der knappschaftlichen Versicherung ausgeschieden, ohne eine solche Entschädigung zu leisten, die damals aber auch nicht verlangt wurde. Daher sind am 1. Juli allen Pensionären dieser Werke die Bezüge um 50 Prozent (im ganzen also 60 Prozent) gekürzt worden. Gegen diese Maßnahme wandte sich der Referent der Versammlung in Lauchhammer, Gewerkschaftssekretär Heyne (Bockwitz). Der Vertreter der zuständigen Brandenburgischen Knappschaft, Putzke, Kottbus, erörterte eingehend die Notlage, in der sich die Reichsknappschaft befindet. Die Schuld an der krisenhaften Zuspitzung gab der Redner dem Reichsarbeitsministerium, das bisher auf alle Notrufe der Knappschaft in gänzlich unzureichendem Maße geantwortet habe. **Wenn der Reichsarbeitsminister nicht schleunigst für die Bereitstellung von Mitteln Sorge trage, werde die Knappschaft gezwungen sein, am 1. August nur noch 46 Prozent der Pensionen aller Knappschaftsinvaliden zur Auszahlung zu bringen. Eine von der Versammlung gewählte Abordnung wird am Donnerstag beim Reichsarbeitsminister vorsprechen, und die sofortige Aufhebung der Maßnahmen fordern.**

Unwetter im Harz.

Halberstadt. Der Montag abend brachte dem Nordharz ein furchtbares Gewitter mit heftigen Wolkenbrüchen und Hagelschlägen. In dem Orte Heudeber bedeckten erbsengroße Hagelkörner in einer Höhe von 40 Zentimeter die Feldflur. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Zehnjährige bombardieren einen Zug.

Weißenfels. An der Bahndurchführung in der Naumburger Straße warfen kürzlich Jungens mit Steinen nach einem aus Zeitz kommenden Personenzug. Zum Glück wurden Reisende oder Zugpersonal nicht verletzt. Lediglich eine Scheibe an der Lokomotive wurde zertrümmert. Von der Polizei wurden drei Knaben im Alter von zehn Jahren als die Täter ermittelt.

Umzugs- und Versammlungsverbot.

Leipzig. Auf Grund der Vorgänge in den letzten Wochen und angesichts der immer stärker werdenden Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich das Polizeipräsidium, die Amtshauptmannschaft Leipzig und die Stadträte zu Taucha und Markkränstädt entschlossen, auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung mit sofortiger Wirkung **bis auf weiteres** alle Umzüge einschließlich Personenfahrten auf Lastwagen, die [illegible] Mitgliedern politischer Vereine oder zu politischen Zwe[illegible] unternommen werden, sowie Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten. Für nichtpolitische Veranstaltungen wird Ausnahmegenehmigung in Aussicht gestellt. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Veranstaltungen völlig unbedenklich sind und keinen politischen Charakter haben.

Großfeuer in der Gummiwarenfabrik „Vulkan".

Leipzig. Zu einem Großfeuer in der Gummiwarenfabrik „Vulkan" in Leipzig-Lindenau mußten am Montag kurz nach 14 Uhr zwei Löschzüge ausrücken. Der Brandherd lag im Vulkanisierraum, von wo sich dichte schwarze Rauchmassen über die ganze Umgebung verbreiteten. Die Wehrleute mußten mit Gasschutzmasken vorgehen. Mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310716-19/fragment/page=0003

Rudolstadt. Im Gräfentaler Mordprozeß wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte Zange wird mangels Beweisen freigesprochen, die Angeklagten Werner und Paschold werden wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode und wegen Unterschlagung zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden ihnen die Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt. Soweit Freispruch erfolgt, werden die Kosten der Staatskasse auferlegt. In den Fällen Werner und Paschold haben diese die Kosten zu tragen.

Das Urteil nahmen die Verurteilten zunächst völlig teilnahmslos hin. Erst bei der Verlesung des Herganges der Gräfentaler Mordtat erleidet die Angeklagte Paschold einen Zusammenbruch. Sie steht auf und will unter Schluchzen die Anklagebank verlassen, woran sie aber durch Zureden des Gendarmeriebeamten und ihres Verteidigers behindert wird.

Erfurter Stahlhelmauto schwer verunglückt.

Wiedersbach b. Schleusingen. Am Sonntag gegen 10 Uhr früh stürzte ein Schnelllastwagen mit Erfurter Stahlhelmleuten in der gefährlichen Kurve unterhalb des Ortes eine steile Straße hinunter und überschlug sich zweimal. Von den Stahlhelmleuten, die sich auf der Fahrt zum Coburger Flugtage befanden, wurden sieben mit schweren und neun mit leichten Verletzungen in das Hildburghäuser Krankenhaus übergeführt.

Zwei Tote bei einem Autounglück.

Langensalza. Am Sonnabend gegen Abend ereignete sich in Klein-Fahnern ein schweres Autounglück, bei dem **zwei Personen tödlich verunglückten.** Der Fabrikant Herbert Zitzmann aus Dachwig geriet mit seinem Wagen, vermutlich in zu schneller Fahrt, gegen einen Baum. Von den Insassen war der Händler Paul Baumgart aus Dachwig sofort tot, während der Landwirt König aus Dachwig seinen schweren inneren Verletzungen im Laufe des Sonntags erlegen ist. Der Führer kam mit geringen Verletzungen davon.

Neues aus aller Welt.

Nächtliche politische Ausschreitungen. Als Nationalsozialisten aus einer Versammlung in der Hasenheide zu Berlin-Neukölln kamen, wurden sie von Kommunisten in einen Streit verwickelt. Mehrere Nationalsozialisten wurden bei der sich entwickelnden Schlägerei von Kommunisten durch Messerstiche verletzt. Als ein Kommunist sich den Anordnungen der herbeigeeilten Polizeibeamten widersetzte und in verdächtiger Weise nach seiner Tasche griff, machte ein Polizist von seiner Schußwaffe Gebrauch. Der Schuß traf so unglücklich, daß der Kommunist sofort getötet wurde. Weitere Kommunisten wurden festgenommen.

Kurzschluß im Straßenbahnwagen. Am Kaiserdamm in Berlin kam es in einem Wagen der Straßenbahnlinie 75 zu einem Kurzschluß, infolgedessen eine starke Stichflamme unter einer Bank hervorschlug. Ein 17jähriges Mädchen erlitt Brandwunden an den Beinen, eine ältere Frau hatte einen Nervenschock. Der Wagen wurde sofort aus dem Verkehr gezogen.

Feuer in einer Lackfabrik. In Rehlstedt brach in einer Lackfabrik Feuer aus, das in den Lackvorräten reichlich Nahrung fand. Das zweistöckige Fabrikationsgebäude ist völlig ausgebrannt. Die Höhe des Schadens ist noch nicht bekannt.

○ **Amerikanisches Tankwunder.** In Amerika hat man soeben ein neues Panzerauto fertiggestellt und ausprobiert. Es ist mit 15,8 Millimeter dicken Panzerplatten bekleidet, mit einer Kanone und einem Maschinengewehr ausgerüstet und entwickelt auch auf schwierigem Gelände eine Geschwindigkeit von 70 Stundenkilometern. Bei einer Probefahrt durchbrach der Tank eine Steinmauer von zwei Fuß Dicke, rollte darüber hinweg nach einem hohe Wall und zerbrach auf dieser Fahrt einen halben Meter dicke Bäume, als wären es Streichhölzer. Dank den Raupenketten vermag dieses Kriegsungetüm, Steigungen von 45 Grad mit einer Geschwindigkeit von 55 Stundenkilometern leicht zu nehmen. Auf ebenen Landstraßen können die Raupenketten mit wenigen Handgriffen ausgeschaltet und der Tank auf Gummireifen gesetzt werden, der dann eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Kilometern in der Stunde einhalten kann. Der Antrieb dieses Tanks erfolgt durch einen 338 PS. starken Liberty-Flugzeugmotor, der bei dem Gebrauch der Räder 1,28 Liter und bei Anwendung der Raupenketten 0,85 Liter Benzin pro Kilometer verbraucht.

Vorsicht beim Umgang mit Benzin!

Unvorsichtige Benutzung von Benzin hat immer wieder Menschenleben gefordert. In Spremberg ereignete sich eine solche unvorsichtige Benutzung von Benzin in Haushaltungen, beim Reinigen von Kleidungsstücken. Immer wieder muß davor gewarnt werden, derartig leichtsinnig Leben, Gesundheit und Sachwerte zu gefährden. Wie oft ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Benzingase, die sich mit der atmosphärischen Luft gemischt haben, außerordentlich explosiv sind. Die Benzindämpfe sind bekanntlich schwerer als die atmosphärische Luft, bewegen sich also am Boden entlang mit den hier herrschenden Strömen und kommen so auch an weit von der Benutzungsstelle des Benzins entfernte Feuerstellen, an brennende Lichte usw. heran, entzünden sich dort und explodieren. Schon 2,5 Teile Benzindämpfe auf 100 Teile Luft, also ganz geringe Mengen, lassen das gefährliche Explosionsgemisch entstehen. Selbst das Oeffnen der Fenster bei solchen Arbeiten wirkt keineswegs als Vorbeugungsmaßnahme, weil die schweren Benzindämpfe doch auf dem Boden ruhen und nicht abziehen können. Also nochmals: „Vorsicht mit Benzin!"

Energie auf drahtlosem Wege.

Wieder eine umwälzende Entdeckung.

Einem jungen Chemiestudenten namens Schimkus, ist es vor etwa sechs Jahren durch allerlei Laboratoriumsversuche zufällig gelungen, mit Hilfe verschiedener Substanzen bisher noch völlig unbekannte Strahlen zu finden. Nach einigen Jahren bezeichnete er diese Strahlen als Todesstrahlen, weil sie eine unglaubliche Kraft erzeugen konnten, und weil mit ihnen eines der wichtigsten Zukunftsprobleme der Wissenschaft fast gelöst werden konnte. Es handelte sich dabei um die langgesuchte Möglichkeit der drahtlosen Uebertragung von Energien. Die Absicht des Studenten war, zunächst seine Erfindung in den Dienst der modernen Kriegsführung zu stellen und alle seine Versuche behandelten die Explosion von Sprengstoffen durch drahtlose Sendung seiner Strahlen. Es ist ungefähr drei Jahre her, als Schimkus solche Versuche erstmalig praktisch vorführte. In einer Distanz von etwa zehn Metern brachte er mit seinen Strahlen Explosivstoffe zur Entladung, und nach weiteren zwölf Monaten konnte er dieselben Versuche erfolgreich auf eine Distanz bis zu 150 Metern ausdehnen. Man kann sich also ohne weiteres denken, welche Macht derjenige Staat im Falle eines künftigen Krieges in Händen hätte, der um das Geheimnis der Zusammensetzung dieser Strahlen wüßte. Schimkus läßt keinen Zweifel darüber, daß man mit entsprechend vergrößerten Apparaturen Fernexplosionen auf mehrere tausend Meter vornehmen könnte. Die Erfindung beruht auch auf dem Prinzip von Sender und Empfänger, ähnlich, wie beim Rundfunk. In den Sender ist eine Glasröhre eingebaut, die jene Todesstrahlen birgt, welche Tag und Nacht wirken und durch jeden Körper schadlos hindurchgehen. Man kann sie beliebig verstärken, so daß sie im Gegensatz zu den ultravioletten Strahlen bei größerer Entfernung nichts von ihrer Aktivität einbüßen. Es ist also danach möglich, jedwede Energie drahtlos auf einen entsprechenden Empfänger zu übertragen, über dessen Konstruktion jedoch noch keine konkreten Angaben gemacht worden sind. Aus diesem Grunde darf man sich diese neue Erfindung nicht nur für die Kriegsführung nutzbar machen, sondern ihre Bedeutung liegt in der gesamten Energiewirtschaft. Man wird Lampen und Motoren drahtlos speisen können, ja, man könnte vielleicht sogar den Schiffen zu Wasser und in der Luft auf drahtlosem Wege Energien zuführen. Die gesamte Lage und Konstellation der Kraftwerke könnte in Zukunft anders gestaltet werden. Vieles ist davon natürlich noch in die Praxis umzusetzen, aber es ist durchaus keine leere Zukunftsmusik, denn die ersten Vorführungen haben die Realität dieser Erfindung unter Beweis gestellt. Wie verlautet, ist Amerika an dieser Erfindung außerordentlich stark interessiert. Eine amerikanische Finanzgruppe hat den Erfinder bereits nach Chicago eingeladen, und ihm die Mittel zur Verfügung gestellt, seine Versuche in ganz großem Stile zu betreiben. Was heute noch vielen unverständlich und unglaublich erscheint, wird über Nacht Wahrheit werden, genau so, wie einst der Rundfunk!

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 13. Juli.

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

	Klasse	heute	vorher		Klasse	heute	vorher
Ochsen	1	48—50	—	Kälber	1	—	—
	2	43—47	—		2	50—53	48—52
	3	—	—		3	45—49	45—47
	4	—	—		4	40—44	42—44
	5	—	—		5	—	—
Bullen	1	42—44	38—40	Schafe	1	—	—
	2	38—41	35—37		2	48—53	46—48
	3	35—37	—		3	40—45	37—42
	4	—	—		4	34—39	34—36
Kühe	1	36—40	34—37		5	—	—
	2	32—35	30—33	Schweine	1	43—44	42—43
	3	28—31	25—29		2	44—45	44—45
	4	25—27	—		3	45—46	43—45
	5	—	—		4	42—44	40—42
Färsen	1	44—48	—		5	—	—
	2	38—43	—		6	—	—
					7	40—43	—

Am kommenden **Sonntag, den 19. Juli,** feiern wir unser diesjähriges Turnfest verbunden mit dem Unterbezirksturnfest. Um dem Fest nun ein festliches Gepräge zu geben, richten wir an alle Einwohner die herzliche Bitte, die Häuser mit

Grünem und Fahnen

zu schmücken.

Männer-Turn-Verein Kemberg

Jeden Mittwoch
Schlachte-Fest
Gehacktes u. frisch. Wurst
ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis
Arthur Meinel
Wittenberger Str. 2

Sauerkirschen
verkauft
Clemens, Neumühlenweg

Täglich frisch
neue saure Gurken
6, 8, und 10 Stück 50 Pfennig
Süßkirschen
Sauerkirschen
Salat-Gurken
Tomaten
billig bei
O. Quinque, Kreuzstr. 15

Magdeburger
Pferde- und Auto-Lotterie
Ziehung nächste Woche
Einzel-Los 1 Mk. **Doppel-Los 2 Mk.**
16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von **RMk. 60000**
Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über 2,— Mk. mit 90 % in barem Gelde.

40. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
Ziehung unwiderruflich am 18. August
Vorzügliche Gewinnchancen
3600 Gewinne und 1 Prämie
Wert der Gewinne: **100000 RM**
Lose zu 3 RM zu beziehen durch
Richard Arnold, Buchhandlung

Frisches
Rind- und Kalbfleisch
frischen Lümmel
empfiehlt **Ernst Bachmann.**

Empfehle zur Einmachezeit
meine
Gärflaschen
Büchsen u. Töpfe
sowie **Blumentöpfe**
und andere **Tonwaren**
L. Grolms, Weinbergstraße 6

Knieling
Peluschken
Buchweizen
Rübsen — Raps
Inkarnatklee
Herbstrüben
empfiehlt billigst **Robert Lux**

Achtung! Hausfrauen von Kemberg u. Umgeg.
Donnerstag früh empfehle
Herz-, Peru- u. Sauerkirschen
Tomaten, 4 Pfd. 90 Pfg.
Salatgurken, große, spottbillig
Edelpfirsiche, von 45 Pfg. an
Blumenkohl
Rot- und Weißkohl
Matjesheringe
neue saure Gurken
8—10 Stück 50 Pfg.
G. Bernhardt aus Eilenburg

Riesenspörgel
Ackerspörgel
Buchweizen
Zottelwicken
Peluschken
Weißerübensaat
empfiehlt **J. G. Glaubig**

Palmolive
Shampoo-Werbeverkauf
In der Zeit vom 15. — 31. Juli erhält jeder Käufer von 2 Päckchen Palmolive-Shampoo zum Preise von 60 Pfennigen
1 Doppelpackung (ausreichend für 2 Haarwäschen) **gratis!**
Palmolive Shampoo enthält die kostbaren, seit Menschengedenken als natürliche Schönheitsmittel berühmten Oliven- und Palmöle. Diese Oele, in der in Palmolive Shampoo enthaltenen Zusammensetzung, reinigen das Haar sanft aber gründlich, machen es weich, locker und duftig und verleihen ihm neuen Glanz und Schönheit, ohne daß dem Spülwasser besondere Präparate zugesetzt werden müssen. **Preis der Doppelpackung** (2 Beutel enthaltend) **30 Pfg.**
Palmolive-Seife jetzt **35 Pf.** das Stck., 3 Stck. **1,— M.**
Erhältlich bei:
Rich. Arnold, Kemberg.

Mastgänse
Mastenten
junge Hähnchen
Reh (zerlegt)
empfiehlt
Arthur Thamm
Bergwitz
Fernsprecher Kemberg 289

Strebsamer Mann
mitte 30, sucht aufrichtigen Verkehr mit liebevoller guter Frau oder Mädchen, aber nicht zu jung, zwecks späterer **Heirat.**
Bildofferten unter **L R 100** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

3000 Mark
1. Hypothek auf größere Landwirtschaft gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

M.-T.-V.
Alle aktiven Turner (bis zum 24. Jahre) sowie Zöglinge und Turnerinnen haben **heute Mittwoch,** abends 1/4 9 Uhr auf dem Sportplatz (bei Regen in der Turnhalle) u. am **Freitag abend** 1/4 9 Uhr in der Turnhalle zu erscheinen zwecks Einüben der Freiübungen sowie Bekanntgabe der zum Fest erlassenen Bestimmungen.
Pünktliches und restloses Erscheinen erwartet **Der Oberturnwart**

Reitsport-Verein
Donnerstag, den 16. Juli, abends 1/2 9 Uhr bei Ernst Bachmann
Versammlung
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand

Aktentaschen
empfiehlt in allen Preislagen
Richard Arnold

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310716-19/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 83 — **Donnerstag, den 16. Juli 1931** — **33. Jahrg.**

Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, den 17. Juli, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung.

1. Genehmigung der letzten Niederschrift.
2. Kenntnisnahmen.
3. Ankauf eines Zuchtbullens.
4. Obstverpachtung.
5. Anlegung eines Bürgersteiges in der Leipziger Straße.
6. Schulumbau.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Tribünenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlaßkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden.

Kemberg, den 14. Juli 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
95] H. Ludley.

Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 13. Juli.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Der Hoover-Plan hat der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches eine starke Entlastung verschafft. Eine große Geldsumme, auf deren Weiterbelassung das Reich Anspruch hatte, konnte den Banken zurückgegeben werden. Für die private Wirtschaft aber haben die Wochen, in denen um diesen Plan gerungen wurde, ungeheuren Schaden angerichtet. In die Milliarden gehende Summen, die vom Ausland kurzfristig nach Deutschland geliehen waren, sind angesichts der Unsicherheit der Lage zurückgezogen worden. Auch heute ist volle Beruhigung noch nicht eingetreten. Wenn auch das Ziel sein muß, daß die deutsche Wirtschaft wieder dahin kommt, mit eigenen Mitteln zu arbeiten, so ist es doch jetzt notwendig, wenn nicht die schwersten Stockungen eintreten sollen, daß weitere Abzüge unterbleiben. Die Bestrebungen der Reichsbank und der Goldiskontbank sind darauf gerichtet, möglichst langfristige Kredite des Auslandes zu erlangen, um der privaten Wirtschaft zu helfen, ihre Notstände zu überwinden. Trotz aller Bemühungen ist im Verlauf dieser Vorgänge eines der größten Bankinstitute, die Darmstädter- und Nationalbank, illiquid geworden. Die Reichsregierung erachtet es für ihre Pflicht, und der Reichspräsident hat hierzu die notwendigen Vollmachten erteilt, den großen Gefahren, die aus dieser Illiquidität drohen, zu begegnen. Es handelt sich nicht darum, das Vermögen der Bank zu retten, sondern es handelt sich darum, den Hunderttausenden von Kunden der Bank, ihren Besitz zu erhalten, und damit ihre Unternehmungen vor der Betriebseinstellung oder gar vor dem Untergang zu retten. Nur aus diesen Gesichtspunkten wird das Reich für etwaige Ausfälle, die eintreten können, aufkommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Geschäfte der Bank von Treuhändern der Reichsregierung überwacht werden. Irgendwelche Unregelmäßigkeiten, die mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, sind nicht festgestellt.

Es kommt darauf an, daß das deutsche Volk, in dieser schweren Lage die Nerven behält und nicht durch mangelndes Selbstvertrauen die Schwierigkeiten vermehrt.

Reichs-Garantie für die Danatbank.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 14. Juni.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

„§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, in Ansehung der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, die durch die Geldkrise in ihrer Liquidität bedroht ist, Garantien zu übernehmen.

§ 2. Die Reichsregierung kann im Falle der Uebernahme einer Garantie anordnen, daß Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen der Bank nicht stattfinden und daß der Konkurs über das Vermögen der Bank nicht eröffnet wird. Die gleiche Anordnung kann die Reichsregierung für das Vermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters der Bank treffen, wenn sie es im Interesse der Gläubiger der Bank für notwendig erachtet. Eine solche Anordnung bewirkt, daß der persönlich haftende Gesellschafter den gleichen Beschränkungen unterliegt, die in dieser Verordnung und ihren Durchführungsvorschriften für die Bank getroffen werden.

§ 3. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften über die Geschäftsführung und Vertretung der Bank, über die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Bank, über die Dienstverhältnisse und vermögensrechtlichen Ansprüche der persönlich haftenden Gesellschafter. Angestellten und Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Bank sowie die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen; sie kann für Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und Geldstrafen oder eine dieser Strafen androhen.

§ 4. Maßnahmen, die gemäß dieser Verordnung oder der Durchführungsverordnungen getroffen werden, begründen keinen Anspruch auf Entschädigung.

§ 5. Diese Verordnung tritt am 13. Juli 1931 in Kraft."

Notverordnung über Bankfeiertage.

Berlin, 14. Juli.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Sie bestimmt, für welche öffentlichen und privaten Kreditanstalten und Einrichtungen die Bankfeiertage gelten und welche Rechtswirkungen mit ihnen verbunden sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 13. Juli 1931 in Kraft.

Neudeck, 13. Juli 1931.

gez. von Hindenburg, Reichspräsident; gez. Dr. Brüning, Reichskanzler; der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister der Finanzen gez. H. Dietrich; der Reichsminister des Innern gez. Dr. Wirth; der Reichspostminister gez. Dr. Schätzel; der Reichswirtschaftsminister, mit Wahrung der Geschäfte beauftragt gez. Dr. Trendelenburg Staatssekretär.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat die Reichsregierung angeordnet, daß alle Banken, Sparkassen und anderen Kreditinstitute mit Ausnahme der Reichsbank am Dienstag und Mittwoch dieser Woche geschlossen bleiben. Die Reichsregierung und die berufenen Vertreter der Banken und Sparkassen werden im Verlaufe dieser zwei Tage die nötigen Maßnahmen und Vorbereitungen treffen, damit am Donnerstag die zur Weiterführung der Wirtschaft und zur Bewirkung der Gehalts- und Lohnzahlungen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Die Wertpapierbörsen bleiben voraussichtlich bis Ende der Woche geschlossen.

Erklärung der Hypothekenbanken.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Hypothekenbanken werden von den durch die Schalterschließung der Darmstädter und Nationalbank offenbar gewordenen Schwierigkeiten nicht berührt. Das deutsche Hypothekenbankgewerbe ist gesund. Es hat sich der Natur seiner Geschäfte entsprechend nicht kurzfristig verschuldet. Seine langfristigen Emissionen sind voll gedeckt durch langfristige Darlehen auf den deutschen Haus- und Grundbesitz.

Zum Schluß fordert die Erklärung im Interesse der Stärkung des deutschen Grundbesitzes als Fundament der Wirtschaft die Aufhebung der Hauszinssteuer im Wege der Notverordnung.

Ruhe läßt Katastrophe vermeiden.

Die Vorgänge bei der Danat-Bank haben augenscheinlich in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen, und in verstärktem Maße wurden bei den Depositen-

ügung Frankreichs an einer Hilfsaktion einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen.

Ministerpräsident Laval verlangt von Berlin, „kluge, energische und schnelle Rettungsmaßnahmen; Deutschland müsse „eine riesige Anstrengung machen", um eine etwaige Hilfe von außen zu rechtfertigen." Eine positive Zusage französischer Hilfe konnte der Botschafter im Augenblid nicht erlangen.

Amerika zur Kredithilfe bereit.

Der Unterstaatssekretär des amerikanischen Schatzamtes, Castle, gab eine neue Erklärung ab, in der er unter Bezugnahme auf die Zusammenkunft der Notenbankpräsidenten in Basel seiner Auffassung dahin Ausdruck gab,

daß die amerikanischen Banken bereit seien, jeden effektiven Hilfsplan zu unterstützen.

Die amerikanischen Blätter legen diese Erklärung so aus, daß die Federal Reserve Banken eine gemeinsame Hilfsaktion der europäischen Zentralbanken gegenüber Deutschland zu unterstützen beabsichtigen.

Für etwaige Kreditbewilligung seien jedoch gewisse Bedingungen unumgängliche Voraussetzung. So solle die Reichsbank sofort eine Kreditbeschränkung durchführen, damit der Marktflucht ein Riegel vorgeschoben werde. Von Frankreich werde gefordert, in Deutschland keine Kreditkündigungen vorzunehmen; führende Neuyorker Banken sollen sich, was amerikanische Anleihen angeht, bereits in diesem Sinne verständigt haben.

Geldumlauf und Kassenkrise.

Die erfreulicherweise von allen Seiten befolgte Mahnung zur Wahrung von Besonnenheit und Ruhe hat sich bereits in günstigem Sinne ausgewirkt. Eine größere Sicherheit ist festzustellen, und das ist gut so. Denn nur derjenige, der die Nerven behält, vermag kühlen Kopfes auch eine verworrene und schwierige Lage zu meistern. Gewiß befinden wir uns in einer recht prekären Situation, sicherlich geht es unserer Wirtschaft außerordentlich schlecht, aber drei Dinge sind es, die Sicherheit gewährleisten: Zunächst einmal ist die Währung fest, dann ist die ungeheure Arbeitsfreude des Volkes ungeschwächt, und vor allem ist die Staatsmacht fest begründet. Diese Voraussetzungen sind es auch, die schließlich dem Auslande das Vertrauen zu Deutschland gaben und wodurch der amerikanische Präsident das Weltfeierjahr durchsetzen konnte. An uns ist es, trotz der augenblicklich kritischen Tage alles daranzusetzen, mit allen Kräften die Erholung des Landes zu beginnen und in ungeschwächter Kraft mit Mut, Sicherheit und Selbstvertrauen durchzuführen.

Was ist in Deutschland gegenwärtig los? Wir haben eine Wirtschaft, die, wenn man von der amerikanischen absieht, über die beste Ausrüstung der Welt verfügt, und wir müssen heute erkennen, daß wir zu viel für die Ausrüstung des Betriebes und zu wenig für den Betrieb selbst übrig gehabt haben. In Deutschland fehlt es mithin nicht an Anlagekapital, wohl aber an Betriebskapital, und dieser Mangel ist seit vielen Monaten die Ursache unserer Schwierigkeiten.

Die Krise, die sich so für jeden im voraus erkennbar entwickelte, ist nun verschärft worden durch eine Kassenkrise, oder — was dasselbe ist — uns fehlen einfach in diesem Augenblick Umlaufsmittel, um gewisse notwendige Zahlungen vorzunehmen. Solche Zahlungen betreffen zunächst einmal den Devisenmarkt, d. h. aus Gründen, die mit der Politik zusammenhängen, ziehen ausländische Gläubiger Gelder ab, die sie kurzfristig in Deutschland angelegt hatten, und es fehlen einfach die technischen Mittel, um diese Bedürfnisse voll zu befriedigen. Oder besser gesagt: die im Interesse unseres Valutakurses notwendige Bereitschaft der Reichsbank, diese Devisenansprüche zu befriedigen, hat zu

Eine Tatsache zum Nachdenken!

In diesen Tagen der Krise ist für jeden, der ein Sparkassenbuch oder ein Bankkonto besitzt, nötig zu wissen: Die gesamten deutschen Spareinlagen betragen ungefähr 12 Milliarden RM, die Einlagen bei den deutschen Banken ungefähr 5 Milliarden RM, zusammen also 17 Milliarden RM. All diese Gelder sollen Zinsen bringen, sie haben deshalb auch zinsbringend angelegt werden müssen, und zwar in Hypotheken und anderen sicheren Anlagen. Wenn jetzt jeder deutsche Einleger sein Guthaben sofort abheben würde, so wäre eine Summe von 17 Milliarden RM an barem Geld erforderlich. Der gesamte deutsche Notenumlauf beträgt aber nur rund 5 Milliarden RM. Diese eine unbestreitbare und ganz klare Tatsache zwingt zum Nachdenken und sollte vor unüberlegten und gefährlichen Entschlüssen bewahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310716-19/fragment/page=0005